IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 139 | 15. April 1921 | ז' ניסן תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Völkerbund und jüd. Emigration.

Wie der Pariser Korrespondent des „Morning Journal" berichtet, hat der Direktor des Arbeitsamtes beim Völkerbund, Alber Thomas, der Alliance Israélite mitgeteilt, dass er die Emigrationsfrage beim Völkerbunde zur Sprache bringen und empfehlen werde, dass den Emigranten internationale Hilfe zuteil werden soll.

Weizmanns Amerikareise.

Die der „J.P.Z." bis Redaktionsschluss vorliegenden amerikanischen jüd. Zeitungen, die bis zum 1. April reichen, sind voll der Berichte über die Vorbereitungen für den geplanten grandiosen Empfang zu Ehren der unter Führung Weizmanns stehenden zion. Amerikadelegation. Da von der offiziellen zion. Bürokratie, wie die zion. Leitung in der Fifth Avenue von den amerikanischen Zeitungen genannt wird, nicht viel zu erwarten war, hat sich unter Führung von Hartman und Rosenblatt ein besonderes grosses, sogenanntes Hundertkomitee, gebildet, das fieberhafte Vorbereitungen für den Empfang trifft. Auch Stadtpräs. Hylan hat ein besonderes städtisches Komitee eingesetzt, dem auch viele Nichtjuden angehören, darunter auch der ehemalige Staatssekretär Polk, das den von der Stadt New York als solcher veranstalteten Empfang im Rathaus möglichst feierlich gestalten soll. Wie aus den Berichten der einzelnen Distrikte ersichtlich ist, hat sich der jüd. Bevölkerung New Yorks — aber zum Teil auch Amerikas — eine ungeheure Begeisterung bemächtigt. Von dem von der offiziellen Leitung für den 10. April anberaumten offiziellen Empfange spricht fast niemand, dagegen sollen der Empfang im Hafen, wie auch alle späteren Festlichkeiten die Form von grandiosen Volkskundgebungen annehmen. Inzwischen geht die Auseinandersetzung mit der offiziellen Exekutive wegen der von Mack eingebrachten und mit 14 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommenen Grundlage der Verhandlungen mit Weizmann, resp. die Zersetzung der Exekutive weiter. Zu den 10, gegen dieses Memorandum öffentlich protestierenden Mitgliedern (s. „J.P.Z." Nr. 138), ist Ab. Goldberg als 11. Exekutivmitglied beigetreten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Weizmann, getragen von der Volksgunst der amerikanischen jüd. Massen, in der allgemeinen Stimmung in Amerika einen starken Rückhalt für die Durchsetzung seiner Prinzipien finden. Fast die gesamte jüd. Presse — und diese dürfte doch das Volksempfinden am besten widerspiegeln — nimmt für Weizmann Partei.

Wie weitere Telegramme besagen, sind Weizmann, Ussischkin, Einstein und Dr. Mossinsohn — Zlatopolski soll erst später nachkommen, resp. seine Amerikafahrt vorläufig überhaupt aufgegeben haben — am Samstag Nachmittag, den 2. April in New York eingetroffen. Sie warteten das Sabbathende ab, da sie nicht am Samstag an Land gehen wollten, und wurden in einem vom Bürgermeister besonders zur Verfügung gestellten, sogenannten „Mayors-cutter", der mit der amerikanischen und jüd. Flagge versehen war, vom Schiffe abgeholt. Bei der Fahrt durch die Stadt harrte ihrer eine unübersehbare Menge — ein Bericht spricht sogar von 1 Million — von der sie enthusiastisch akklamiert wurden. Auch die nichtjüdische Presse widmet der Delegation spaltenlange Berichte und hebt die Bedeutung der Teilnahme Einsteins für die weitere Entwicklung des Zionismus hervor. Der Triumpfzug Weizmanns lasse sich nur mit dem Empfange Roosevelts nach seiner Rückkehr von Uganda vergleichen. Beim Empfange im Rathaus war die grosse Halle von einer vieltausendköpfigen Menge, Juden wie Nichtjuden, überfüllt, ebenso der grosse Park rings ums Stadthaus, wo Zehntausende, die keinen Einlass in die City-Hall mehr fanden, geduldig ausharrten. Nach Vorstellung durch Judge Rosenblatt, wurde die Delegation von Stadtpräsident Hylan und dem Attorney General Wykenham begrüsst. Auch das Stadthaus war blau-weiss beflaggt. Im Hotel Commodore, wo Weizmann abgestiegen ist, wurde von den zion. Führern ein intimer Empfangsabend veranstaltet. Am 10. sollte sodann das von der offiziellen Leitung einberufene grosse zion. Begrüssungsmeeting in der Metropolitan-Oper stattfinden, während die vom Empfangskomitee organisierte grosse Volkskundgebung, die für früher geplant war, für den 11. April verschoben wurde, um alle nötigen Vorbereitungen in grossem Masstabe durchführen zu können. Diese Volkskundgebung wird im Riesen-Armoursaale stattfinden.

Die Mandats- und Konzessionenfrage.

Der Londoner politische H.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: In der ersten Sitzung des Unterhauses nach den Osterferien, brachte Lord Robert Cecil wiederum die Frage der Mandate und Konzessionen zur Sprache. Aus der ausführlichen längeren Diskussion ist ersichtlich, dass die Regierung eine Diskussion über Einzelheiten der Mandatsentwürfe nur dann im Parlamente eröffnen lassen will, wenn der Antrag auf Ablehnung eines Mandates gestellt werden sollte. Anderenfalls will die Regierung die Einzelheiten der Mandatsentwürfe nicht als Angelegenheit der parlamentarischen Diskussion, sondern als Angelegenheit der Ausführung prinzipieller Richtlinien betrachten und die Entwürfe nur dann dem Parlamente vorlegen, wenn sie schon die Bestätigung des Völkerbundes gefunden haben. Allerdings dürfte Churchill nach seiner Rückkehr dem Hause eine Erklärung über die Ergebnisse seiner Verhandlungen in Aegypten und Palästina und über die von ihm beabsichtigte Politik geben und dadurch Gelegenheit bieten, sich über die mit den Mandaten zusammenhängenden Fragen auszusprechen. Bez. der Konzessionen in Palästina erklärte Unterstaatssekretär Amery auf der Sitzung vom 4. April, dass keinerlei Konzessionen für die Entwicklung von Arbeiten irgendwelcher Art mit Einschluss von Konzessionen für Petrolbohranlagen erteilt worden sind. Aber mit Rücksicht auf die lange Verzögerung, welche in bezug auf die Ratifizierung

des Friedensvertrages von Sèvres eingetreten ist und die dringende Notwendigkeit, die ökonomische Entwicklung Palästinas zu beschleunigen, habe der Kolonialminister in Beratung mit dem High Commissioner in Palästina eine neue Politik in Erwägung gezogen, derzufolge Ansuchen für Erteilung von Konzessionen zur aufbauenden Entwicklung des Landes und für Pläne, die Beschäftigung von Arbeitern zur Folge haben, bewilligt werden könnten, unter folgenden Voraussetzungen: 1) dass die Bestimmungen des Mandatsentwurfes genau innegehalten werden; 2) dass die Konzessionen nicht in Widerspruch mit irgendwelchen schon bestehenden Konzessionen stehen, die auf Grund des Artikels 311 des Vertrages von Sèvres behandelt werden müssen. Es sei aber gegenwärtig keine Aenderung der Entscheidung vorgeschlagen, wonach keine Konzessionen für Bohrversuche nach Oelvorkommen gewährt werden sollen, bevor der Vertrag von Sèvres in Kraft tritt. Auf die Bemerkung Earl Wintertons, Konzessionen sollen an jedermann und nicht unbedingt an Mitglieder einer bestimmten Rasse erteilt werden, erwiderte Amery, dass keine ausschliessliche Vorzugsstellung eingeräumt werden würde.

Diese Diskussion ist für die ökonomische Entwicklung Palästinas u. zw. auch schon für die allernächste Zukunft von grosser Bedeutung. Wenn auch seit Uebernahme der Verwaltung durch die Zivil-Administration die Lage sich ausserordentlich verbessert hat — es sei nur die Eröffnung der Grundbuchämter erwähnt — konnte doch Samuel, wohl auf Grund der Instruktionen der Londoner Regierung, vor Inkrafttretung des Mandates, keine grösseren Konzessionen erteilen. Den Erklärungen Amerys ist nun zu entnehmen, dass die Verhandlungen Churchills und Samuels es möglich gemacht haben, schon jetzt bestimmten Plänen, die zur Eröffnung neuer Arbeitsgebiete führen, näher zu treten, sofern die Bestimmungen des Mandatsentwurfes hierfür genügenden Spielraum lassen. Die Mandatsbestimmungen sind natürlich hinreichend weit, um der Verwaltung keine Hindernisse in den Weg zu legen, wenn ihr konkrete Vorschläge vorgelegt werden. Die Verwaltung ist allerdings nicht gezwungen, Vorschlägen, die von jüd. Seite stammen, eine absolute Vorzugsstellung einzuräumen, anderseits aber verpflichtet, alle ihr zugehenden Vorschläge darauf zu prüfen, ob sie dem Zwecke dienen, die Errichtung des jüd. Nationalheimes zu beschleunigen. Es wird sich also in der Praxis sehr bald zeigen, welchen Wert die allgemeinen Bestimmungen des Mandates besitzen. Von besonderem Interesse ist es, dass diese Probe aufs Exempel schon gemacht werden kann, bevor noch das Mandat rechtsgültig geworden ist. Darum sind auch die Erklärungen im englischen Parlament, über die zwischen Churchill und Samuel vereinbarte Politik, nicht nur von weittragender praktischer Bedeutung, sondern sie werden auch wertvolles Material zur Beurteilung der politischen Qualitäten des Mandates liefern.

Dr. Rosenblatts Bericht über Russland.

Die Jointzentrale in New York stellt unterm 30. März der „J.P.Z.“ den von Dr. Rosenblatt dem Joint erstatteten Bericht (s. „J.P.Z.“ Nr. 137) gütigst zur Verfügung, den wir im Auszuge hiermit veröffentlichen. Der Bericht wurde auf einer der letzten Jointsitzungen erstattet, gibt einen Ueberblick über die jüd. Lage und die Möglichkeiten der Hilfsarbeit, und berührt nur die Geschehnisse in der Ukraine während der allerletzten Zeit. Hauptaufgabe des Berichtes war es, Hinweise auf die Möglichkeiten der Hilfsarbeit in Russland zu geben. Der Bericht besagt: Die Lage in Russland, Ukraine und Weissrussland ist heute weitaus schlimmer als je zuvor. Man spricht nicht mehr von Pogromen, sondern von Banditentum. Aber die Philosophie dieses Banditentums spielt sich am jüd. Rücken viel schlimmer ab, als die Philosophie der Pogrome. Nicht grundlos wird von „Philosophie“ gesprochen. Es ist in Russland bez. der Pogrome eine ganze Wissenschaft entstanden und es gibt wirkliche Professoren, die diese rein wissenschaftlich einteilen: Hier gab es einen ausgezeichneten Pogrom, dort einen interessanten, der Pogrom ist nichts wert, usw.; von menschlichem Unglück und Blutvergiessen wird in rein wissenschaftlicher Sprache gesprochen. Eben diese Philosophie der früheren und jetzigen Judenmetzeleien ist sehr interessant. Die Pogrome Petljuras, Denikins usw. wurden grösstenteils von Soldaten und Armeen veranstaltet und trugen den Charakter von berechneter und geplanter Rache. Man wusste vorher, wann sie beginnen und wann sie aufhören. Dabei bezeugte die christliche Bevölkerung sehr oft ihr Mitgefühl für die Opfer, beschützte die Flüchtlinge und nahm gegen die Pogrome Stellung. Ganz anders ist es mit den neuen Pogromen, dem Banditentum. Diese werden nicht mehr von Soldaten sondern von Bauernbanden organisiert, oder richtiger nicht organisiert, da sie ohne Unterbruch fortdauern. Es organisiert sich eine Bande von 80 bis 100 Bauern und geht auf Mord und Raub aus. Sie befallen grösstenteils nicht die Umgebung ihrer Heimat, sondern wandern 25 bis 50 Kilometer, morden alle Juden irgend eines Städtchens aus und ziehen weiter. Es ist vorgekommen, dass solche Banden bei ihrer Rückkehr daheim fremde Banden antrafen, die gekommen waren um „ihre“ Juden zu schächten. Da diese die heimischen Banditen gut entlohnt hatten, fühlten sich diese zu Schutz verpflichtet, sodass es zu Zusammenstössen zwischen den beiden Banden kam. Solche Banden durchziehen die Ukraine, querein, queraus, und es geht keine Woche ohne Judenmetzeleien vorüber. So ist eine grosse Zahl Städtchen entjudet worden. Ihre Einwohner irren überall herum, Seuchen und Elend verbreitend, wohin sie kommen. Die Sovietregierung ergreift alle Mittel, um dieses Bandenwesen zu bekämpfen, gegen das sie jedoch nicht aufkommen kann. Heute hier, morgen dort, die bolschewistischen Truppen wissen nie, wo diese Banden zu erreichen, wo morgen der Pogrom stattfinden wird. Bei Ergreifung werden die Banditen ohne jedes Erbarmen ausgerottet, aber die Sovietmacht ist nicht in der Lage, das Banditentum als solches auszurotten und noch weniger die Ursachen dieses Banditentums, den blutigen Judenhass bei den Bauern und den bewussten Antisemitismus bei den Intellektuellen. Während die Banditen Petljuras, die sich an jüd. Blute bereits sattgetrunken haben, jetzt die Losung ausgeben, „schonet die Juden und ihr werdet eine Ukraine haben“, wurde die früher judenfreundliche Intelligenz durchaus antisemitisch, mit der Motivierung, die Juden seien die Führer des Bolschewismus in der Ukraine. Die Bauern wiederum glauben, dass alle ihre Leiden von den jüd. Kommissären verursacht würden. Aber auch die Instinkte der Armee können von den Kommandanten nicht immer gezügelt werden. So haben in der Umgebung von Nowograd-Wolynsk, die Kosaken Budjennys zahlreiche jüd. Städtchen pogromiert, wofür sie gehörige Strafe erlitten. Einige hundert Kosaken wurden zu Tode verurteilt, und die ganze schuldige Division aufgelöst. Nachdem Balachowicz den Anfang gemacht hatte, übertrug sich diese Seuche auch auf Weissrussland. Gegenden, die früher verhältnismässig ruhig lebten, so um Minsk, Homel, Mohilew, früher sozusagen beinahe ein jüd. Paradies, wurden nach dem Beispiel Balachowicz' pogromiert. Die Mordtaten sind einfach unbeschreiblich. Es ist besser, über diese unaussprechlichen Dinge mit Stillschweigen hinwegzugehen.

Diese Pogrome sind nur die blutigste Wunde am jüd. Körper. Das allgemeine Leben ist paralysiert. Man

kann seinen Wohnsitz nicht verlassen, nicht arbeiten, nicht handeln. Jeden Sonntag kann man ganze Karawanen von 15, 20, 25,000 Personen sehen, die sich von ihren Heimen zur rumänischen oder polnischen Grenze schleppen. Legal werden sie natürlich nirgends hereingelassen, aber sie finden Mittel, um die Grenzen illegal zu überschreiten. Nicht achtend der Gefahr in der sie schweben, da für das Entweichen Todesstrafe droht, sind alle Wege von diesen flüchtenden Juden überfüllt, ebenso die an Russland grenzenden Länder.

Ein besonderes Problem bietet die Kinderfrage. Es gibt, niedrig geschätzt, 300,000pogromierte, hilfsbedürftige Kinder, die alle an irgendwelchen Krankheiten leiden, und falls nicht zu entsprechenden Mitteln gegriffen wird, zugrundegehen werden. Wenn wir auch nicht für alle diese 3 oder 400,000 Kinder sorgen können, so gibt es doch nach genauen Feststellungen 100,000 Kinder, die wir retten können. Diese stehen an der Grenze der Erkrankung und für sie müssen Heime, Kolonien, Kindergärten und Schulen errichtet werden. Die Regierung tut für diese Kinderhilfe was sie kann, aber es fehlen die Mittel, um alle retten zu können. Zu diesen Krankheiten kommt noch ein weiteres Unglück, nämlich, dass fünf- oder sechsjährige Kinder sich ums Brotverdienen bemühen müssen und als Händler von Ort zu Ort wandern. Da auf Spekulation Todesstrafe steht und man ja doch essen muss, greift man zu dem Auswege, dass statt der Erwachsenen Kinder Handelsverdienst suchen, die, wenn sie abgefangen werden, statt der Todesstrafe, nur in Heime abgeliefert werden. Tausende solcher Kinder schleppen sich über alle Bahnen und auf allen Wegen. Diese Kinder sind es hauptsächlich, die gerettet werden müssen.

Was also muss geschehen? Die Opfer müssen mit momentaner Hilfe versehen werden. Milch, Nahrung, Kleider, Medizin — alle Mittel momentaner Hilfe müssen den lokalen Komitees in der Ukraine und Weissrussland zur Verfügung stehen, damit sie bei jeder Katastrophe, sogleich an die einzelnen notleidenden Orte dirigiert werden können. Es müssen Institutionen für mindestens 100,000 Kinder errichtet werden, die die Regierung später soll erhalten können. Es müssen Medikamente gebracht werden, nicht um die Kranken zu heilen, sondern als sanitäre Mittel zur Verhütung der Krankheiten. Man muss Spitäler, Ambulatorien, Badeanstalten haben usw. Und auch hier, ebenso wie bei den Kindern ist es bloss möglich, dass wir diese Institutionen eröffnen und irgendwie einrichten; alles übrige und ganz besonders die Erhaltung, wird schon die Regierung auf sich nehmen. Dann kommt die sogenannte konstruktive Hilfe. Es wäre Wahnsinn zu behaupten, dass wir im Stande sind, das jüd. Leben in Russland wieder aufzubauen. Aber doch können wir einem gewissen Prozentsatz, mag es auch ein kleiner sein, helfen. Unter den dortigen Juden macht sich letztens auch die Neigung zur Erdarbeit stark bemerkbar. An Boden mangelt es nicht u. die Regierung wäre bereit, ihnen Unterstützung zu gewähren. Sie will ihnen 20,000 Dessjatinen zur Verfügung stellen. Ein Teil der Juden ist zu guten Farmern geworden, aber sie benötigen unbedingt Geräte und Saat. Die Regierung will ihnen sogar Kühe und Pferde geben, aber Geräte und Saat müssen sie selbst beschaffen. Dies ist ein Mittel des ökonomischen Wiederaufbaues. Ausserdem haben Fachleute ein Verzeichnis von 22 Industrien ausgearbeitet, in denen die Juden Beschäftigung finden könnten, ohne in Kollision mit der herrschenden Ordnung zu geraten. Es sind dies Industrien, die keine besondere Facharbeit verlangen. Dazu ist es nötig, eine entsprechende Anzahl von Schulen in verschiedenen Gegenden zu errichten, mit entsprechenden Instruktoren, die die notwendigen geringen Vorkenntnisse in kurzer Zeit beibringen. Der Plan ist genau ausgearbeitet und falls entsprechende Unterstützung kommt, kann an dessen Durchführung geschritten werden. Dies sind die vier Arten der unter den jetzigen Umständen möglichen Hilfe. Die Juden Russlands glauben sich berechtigt, von den Juden Amerikas, die in den letzten Jahren 16 Millionen Dol. für ihre Brüder in Polen aufgebracht haben, einige Millionen beanspruchen zu dürfen, die nötig sind, um erwähnten Hilfsplan durchzuführen. Das russische Unglück kann keineswegs mit der Lage in Polen oder Rumänien verglichen werden. Wir müssen heldische Mittel ergreifen, um die russischen Juden, soweit wir können, zu retten. Ob die Rettung möglich ist, darauf kann man nicht mit einem absoluten Ja antworten. Aber auch der Arzt lässt sich von solchen Skrupeln nicht leiten. Wenn wir auch nicht Alle retten können, so dürfen wir uns doch nicht der Pflicht entziehen, die zu retten, die wir retten können.

Die 6. Tagung des Advisory Council.

Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." berichtet: Am 8. März fand die 6. Tagung des Advisory Council statt. Dem Rate wurde ein Gesundheitsreferat des öffentlichen Gesundheitsamtes vorgelegt. [Kurzer Auszug folgt weiter unten.] In der Diskussion wird die dringende Notwendigkeit betont, vor allem die beiden Hauptkrankheiten, Malaria und Trachom zu bekämpfen. Die Wichtigkeit der Bekämpfung der Augenkrankheiten wurde eingesehen und im vergangenen Jahre vom Gesundheitsamte mit Hilfe von durch Palästinenser aufgebrachten Privatgeldern eine wandernde Augenklinik errichtet, die im Kreise Jaffa-Migdal den Dienst versah. Eine zweite derartige Augenklinik soll errichtet werden; jedoch fehlen vorderhand die Mittel. Ein umfangreicher Plan der Therapie der Augenkrankheiten ist vorhanden. Die Regierung anerkennt die Hilfe der Privatanstalten, für deren Erhaltung sie nach Möglichkeit Sorge tragen wird, jedoch können die Subventionen vorderhand nicht erhöht werden. Die Kindersterblichkeit ist vor allem gross in Jaffa und Haifa, für die Pläne zur Verbesserung der Kanalisation und Wasserzuleitung ausgearbeitet werden. Samuel erklärt, die Regierung sei mit allen Mitteln bestrebt, die Malaria auszurotten und dies sei nach den neuesten wissenschaftlichen Ergebnissen auch durchaus möglich. Leider stünden der Regierung vorderhand keine Mittel für diesen Zweck zur Verfügung, jedoch hoffe er, nach Durchführung der Anleihe grössere Summen dafür bereitstellen zu können. Bez. der Reform des Bodentransaktionsgesetzes, bringt Bentwich eine vermittelnde Verordnung ein. Infolge der allgemeinen Geldkrise sei es noch nicht möglich gewesen, die notwendige Hypothekenbank ins Leben zu rufen. Da Hypothekargläubiger bisher das dauernde volle Eigentum am belasteten Grundstück nicht erwerben konnten, liegt die Gefahr nahe, dass die Schuldner sich keineswegs mit der Bezahlung ihrer Schulden, die durch langjährige Zinsen manchmal schon aufs doppelte gewachsen sind, beeilen werden. Die Reform sieht nun vor, dass der Gläubiger auf Grund eines Gerichtsausspruches das Eigentum am verpfändeten Grundstück erwerben könne. Anderseits kann der Präsident des Gerichtshofes dem Schuldner die Zahlungspflicht stunden. Diese beantragte Reform wurde angenommen, ebenso eine neue Verordnung bez. der Gefängnisse. Der Oberkommissär schlug dem Rate vor, die Körperstrafe nicht auf einmal abzuschaffen, sondern sie auf dringende Fälle einzuschränken. Ebenso wurde die Zollverordnung für Auslandswaren approbiert, wobei zugleich die Lokalabgaben aufgehoben wurden. Um den dadurch verursachten Ausfall auszugleichen, wurde der Zoll auf Weine und andere alkoholischen Getränke auf 2% erhöht. Des weiteren wurde eine Verordnung angenommen gegen etwa in Palästina veranstaltete Umtriebe, die sich gegen Nachbarländer richten. Nach den Worten des Oberkommissärs dürfe niemandem gestattet werden, Palästina zum Zentrum einer Agitation gegen Nachbarländer zu machen. Das Gesetz betrifft ausschliesslich Handlungen, die auf palästinensischem Boden vorgenommen werden. Sodann wurde die Frage der Aufhebung des Weinausfuhrverbotes besprochen, für dessen Weiterbestand die Delegierten der Handelskammern sich aussprachen, ebenso die Frage der Zulassung der in Damaskus approbierten Aerzte. Dem Rate wurde auch eine Liste der Beamten der verschiedenen Abteilungen der Regierung vorgelegt, die von zwei eingesetzten Kommissionen, einer arabischen und einer jüd, bis zur nächsten Tagung überprüft werden soll. Bez. der Statuten der Ortsgemeinden wurde trotz aller Debatten keine Einigung erzielt; diese Frage soll auf der nächsten Tagung des Advisory Council, die für den 5. und 6. April bestimmt ist, nochmals zur Sprache kommen. Die Verordnung bez. der Lokalrichter wurde in dem Sinne angenommen, dass kleinere Angelegenheiten durch Ehrenrichter wie in England üblich, und wie es von Lord Kitchener auch in Aegypten eingeführt worden ist, verhandelt werden sollen, um so die Gerichte zu entlasten. Vorderhand sollen in drei wichtigeren Städten solche Richterstühle errichtet werden.

— Dem Berichte des Gesundheitsamtes ist zu entnehmen, dass die Krankenhäuser der Regierung 348 Betten umfassen. Im Jahre

1920 wurden 5501 Kranke aufgenommen. In den der Regierung unterstehenden 15 Apotheken wurden 138, 248 Ratschläge erteilt. 60–95% der Kinder leiden an Trachom, das im ersten Stadium noch heilbar ist, jedoch beim Fortschreiten leicht zur Erblindung führt. Die Quarantänebeamten haben 731 Dampfer und 2885 sonstige Schiffe untersucht; 13 239 auf dem Seewege angekommene Personen wurden 5 Tage unter Aufsicht zurückgehalten. Die Statistik der Brunnen und Wasserzisternen, die Träger der Malariabazillen sind, wurde aufgenommen und 39 140 Proben in den Städten und 15 662 in den Dörfern vorgenommen.

Chronik.

Russland.

— Wie die Londoner „Jewish Times" berichtet, stand unlängst die Beschneidungsfrage auf einer Konferenz der Soviet-Vertreter auf der Tagesordnung. Das jüd. Kommissariat, dem jüd. assimilitorische Kommunisten vorstehen, beabsichtigte die Durchführung eines Beschneidungsverbotes für Soviet-Russland, um so die Grundlage der jüd. Religion zu untergraben. Die mohammedanischen Vertreter traten scharf gegen dieses Attentat auf die religiöse Freiheit auf, und es gelang ihnen, die Verwerfung des Antrages des jüd. Kommissariates zu erwirken.

Litauen.

— Wie verlautet, soll Advokat Rosenbaum, Präsident des Jüd. Nationalrates, zum litauischen Gesandten in Washington ernannt werdeu.

— Am 6. April begann der Prozess gegen die Teilnehmer am Pogrom in Wobalnik, wo am 12. August anlässlich der Assentierungen gegen 600 Mann jüd. Geschäfte ausgeplündert und jüd. Einwohner misshandelt haben. Die Verhandlung findet in Schaulen statt.

— Dr. Jakob. Klatzkin hat sich nach Litauen begeben, um dort die Keren Hajessod-Arbeiten zu fördern.

Polen.

— Die nationaldemokratische Presse hat in letzter Zeit mit einem Sturmlauf gegen die polnisch-jüd. Verständigungsverhandlungen begonnen. Die erste Kampfansage war ein Artikel der „Gazeta Poranna" (Dwa Grosze). Ein weiterer längerer Artikel vom bekannten Judenfresser Lutoslawski folgte. Das Organ Paderewskis, die „Rzeczpospolita" ist jetzt wiederum erbost über die vom Jüd. Nationalrat herausgegebene Dokumentensammlung „Die bolschewistische Invasion und die Juden", und behauptet, dass die Herausgabe die Beleidigung der polnischen Armee bezwecke. Sie verlangt von der polnischen Regierung, als entsprechende Antwort darauf die Dokumente zu veröffentlichen, die das staatsfeindliche Verhalten der Juden während des Krieges zwischen Polen und Soviet-Russland darlegen. Auch dieser Artikel sucht zu beweisen, dass die Juden es sind, die eine Verständigung unmöglich machen. Auch die Vereinigung der polnischen Kaufleute in Lemberg wandte sich an die Regierung mit einem Memorandum, in welchem sie Stellung nimmt gegen Erfüllung der Forderung der jüd. Vertreter nach Erleichterungen der Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes.

— Das Pressbüro des Kriegsministeriums berichtet, dass im Zusammenhange mit den im „Narod" veröffentlichten Beschuldigungen, die Prokuratur beim Appellationsgericht eine Untersuchung gegen General Balachowicz, der keineswegs dem Kriegsgerichte untersteht, eröffnet hat. Alle Verbrechen und Vergehen, die durch die Armee Generals Balachowicz verübt worden sind, unterliegen der Kompetenz der Zivilgerichte.

— Aus Warschau wird berichtet, dass auf Anordnung von Sawinkow, General Balachowicz aller Tätigkeit im Komitee der russischen Evakuierten enthoben worden sei.

— Die Regierung hat verordnet, dass alle Personen, die aus den Randgebieten stammen, die nach dem Rigaer Friedensvertrage mit Polen vereinigt wurden, nicht mehr der Registrierung unterliegen.

— Die Grundlosigkeit der Vorwürfe, die Juden würden sich nur lau an patriotischen Aktionen beteiligen, beweist die Tatsache, dass das Plebiszit-Komitee beim Zentralverband der jüd. Kaufleute in Warschau insgesamt 22 Millionen poln. Mark für die oberschlesische Abstimmung gesammelt hat.

— Ueber die durch die Zeitumstände veranlasste Aenderung in der Stellung der Assimilanten zu jüd. Fragen, gibt die am 4. April in der Lemberger Kultusgemeinde stattgefundene Versammlung zur Förderung der Keren-Hajessod Aktion, bestens Zeugnis. Der Vorsitzende der Kultusgemeinde, Dr. Diamant, wies auf die Wichtigkeit des Beschlusses von San Remo hin und betonte, dass die Keren-Hajessod-Aktion bestimmend sei für das Los der Judenheit. Dr. Reich verwies auf den allgemein jüd. Charakter dieser Aktion. Dr. Osias Wasser, einer der früheren verbissensten und dem wirklichen Judentum wohl fast ganz entfremdeten Assimilanten erklärte, dass diese Aktion wohl jedem Juden, stünde er auch bereits an der äussersten Grenze des Judentums, zu Herzen spreche. Die Errichtung eines Heimes für unser unglückliches, heimloses Volk, könne nur durch zielbewusste und unermüdliche Arbeit der ganzen jüd. Gemeinschaft errichtet werden und alle müssten ohne jeglichen Vorbehalt zu diesem Werke stehen. Er sei überzeugt, dass jeder die Versammlung verlassen werde mit dem Gedanken, so energisch als nur möglich an einer Sache mitzuarbeiten, der sich wohl kein Jude der Welt entziehen werde. Viktor Chajes betonte, dass wir uns nicht mit Almosen werden begnügen können, sondern wirklich einen Teil unseres Vermögens unseren armen Brüdern, die nicht im Galuth bleiben wollen oder können, zu opfern haben. Wir würden uns den Fluch der künftigen Geschlechter zuziehen, wenn wir jetzt nicht auf der Höhe des einzigen und nie wiederkehrenden historischen Momentes stünden. Dr. Rubin Sokal verwies darauf, dass nicht nur praktische Ziele, sondern die Idee selbst uns hinreisse. Es sei der Augenblick gekommen, wo ein gemeinsames Ideal alle Zweige des Judentums auf einer einzigen Plattform zu vereinigen habe. Nach weiteren Reden des Sekretärs des Keren Hajessod, Dr. Rosenzweig und Dr. Gelbers und Leistynas, gab Rabbiner Dr. Guttmann in einer hebräischen Rede seiner Freude Ausdruck, alle jüd. Parteien hier vereinigt zu sehen. Dr. Reich verwies noch darauf, wie das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris die Ehre des Judentums gerettet habe, da es, als es zur Aufstellung der Postulate kam, nicht Konzessionen oder Benefizien forderte, sondern seine Forderungen in den zwei Postulaten präzisierte, nationale Rechte und Vaterland. Auf Antrag von Dr. Sommerstein wurde ein aus 23 Personen sich zusammensetzendes Komitee gebildet, das die weitere Arbeit leiten soll. Wie man sieht, sind der Krieg und seine Folge an den Lemberger Assimilanten nicht spurlos vorübergegangen.

— Nach langwierigen Verhandlungen hat sich auch die Zion. Org. dem Warschauer Zentralhilfskomitee für die jüd. Kriegsopfer aus der Ukraine angeschlossen, sodass dieses Komitee die erste Institution ist, in der Vertreter aller jüd. Parteien zusammenarbeiten.

— Auf der Sitzung der jüd. Gemeinde vom 3. April hat das Plenum der Gemeindeverwaltung mit 12 gegen 6 Stimmen die Ernennung Dr. Poznanskis zum Warschauer Gemeinderabbiner bestätigt. Auf den Protest des Warschauer Rabbinates wurde nicht eingegangen. Die der Gemeinde angehörenden Vertreter der Orthodoxen pflegen Beratungen über ihre Stellungnahme zu diesem Beschlusse.

— Eine allgemeine Konferenz der zion. Organisationen der polnischen Republik wird im Laufe des Juni in Warschau stattfinden.

— Auf der Ende März in Krakau stattgefundenen Landeskonferenz der Zionisten Westgaliziens wurde die Vereinigung mit der Organisation in Kongresspolen und Unterordnung unter das Zentralkomitee in Warschau bei Aufrechterhaltung einer gewissen Autonomie beschlossen. Abg. Dr. Thon wurde wiederum zum Vorsitzenden der westgalizischen Organisation gewählt.

Bukowina.

— In der Czernowitzer Universität kam es am 29. März anlässlich einer jüd. Studentenversammlung, auf der Bericht über den jüd. Studentenkongress in Bukarest erstattet werden sollte, zu argen Skandalen. Obwohl die vom Rektorate genehmigte Versammlung nur wirtschaftlichen Fragen gewidmet war u. auch drei Vertreter des akademischen Senates anwesend waren, drangen plötzlich mit Stöcken bewaffnete rumänische Studenten ein und verlangten namens einer Gruppe der rumänischen Studentenschaft Schliessung der Versammlung, resp. stellten die Bedingung, dass nur rumänisch oder deutsch, jedoch weder hebräisch noch jiddisch gesprochen werde. Unter diesen Umständen wurde zum Zeichen des Protestes die Versammlung geschlossen, wobei die ohne Wehr erschienene jüd. Studentenschaft beim Verlassen des Universitätsgebäudes, von den mit Knüppeln bewaffneten rumänischen Studenten überfallen und geprügelt worden ist. Die Affäre hat in Czernowitz peinliches Aufsehen hervorgerufen.

Deutschland.

Berlin. - R. - Am 3. April fand hier eine Sitzung des Landesvorstandes der Zion. Ver. f. Deutschland statt, an der zahlreiche Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralkomitees aus Berlin und der Provinz teilnahmen. Die Sitzung galt ausschliesslich der durch die beabsichtigte Gründung der Föderation „Binjan Haarez" geschaffenen Lage. Nach längerer Diskussion, in deren Verlauf insbesondere die Notwendigkeit einer einheitlichen Keren-Hajessod-Aktion betont wurde, kam es zu einem Kompromiss, wonach der G. A. als Leitung der gesamten zion. Arbeit anerkannt wird, doch wurde ihm eine politische Kommission beigegeben, die aus Vertretern sämtlicher Gruppen, darunter 3 Mitglieder von „Binjan Haarez", besteht. Der Entscheidung über die Zulässigkeit der Föderation wird nicht präjudiziert, doch soll die Delegiertenwahl zum Kongress nach dem Proporz vorgenommen werden.

Die Jahrestagung des Kartell-Convent (K.-C.) der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens, die sich mit dem Anwachsen des Antisemitismus in den deutschen Universitäten befasste, erneuerte den Beschluss des Verbandes, der den Zionismus grundsätzlich ablehnt; kein K.-C. er darf Mitglied der Zion. Vereinigung sein.

— In einer Zuschrift an das „Israelitische Familienblatt", Hamburg, nimmt der Dortmunder Rabb. Dr. Jacob gegen die Beteiligung der deutschen Juden am Keren Hajessod Stellung. Die Motivierung soll der weiteren Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Dr. Jacob erklärt, er werde die Sammlung nicht nur nicht fördern, sondern fühle sich sogar verpflichtet, gegen sie Stellung zu nehmen. Als religiöser Jude liebe er Zion und sei auch stets ein Freund des Wiederaufbaues Palästinas gewesen. Er anerkenne auch, dass der Zionismus für die Juden mancher Länder eine politische und seelische Notwendigkeit sein mag, ja sogar, dass er es einmal auch für die deutschen Juden werden könnte, aber noch seien wir nicht so weit. Noch ist Deutschland, so führt er aus, unser Vaterland, das wir freiwillig nicht aufzugeben gedenken. Als deutsche Juden haben wir gegenwärtig einen erbitterten Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland zu führen, der uns unseren Anteil am Vaterlande entreissen will, wozu wir unsere Kraft und unser Geld zunächst brauchen. Als deutsche Juden leiden wir aufs allerschwerste unter dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes. Er könne es unmöglich mit seinem Gewissen vereinbaren, in solcher Zeit für eine englisch-jüdische Kolonie in Asien deutsches Geld zu sammeln. Nicht der Wiederaufbau Palästinas, sondern der Wiederaufbau Deutschlands habe jetzt dem deutschen Juden am Herzen zu liegen. An jenem mögen sich die siegreichen Völker, die sich augenblicklich in London an deutscher Armut bereichern wollen, mögen sich die Juden Englands und Frankreichs betätigen. Wenn man mit dem Wiederaufbau Palästinas, möge er noch so löblich sein, 2000 Jahre Zeit hatte, so könne dieser noch weiter eine Weile warten. Man komme damit in 50, vielleicht schon in 30 oder 20 Jahren, aber im gegenwärtigen Augenblick erscheine ihm jede deutsche Mark für den Aufbau der englischen jüd. Kolonie in Asien als unerlaubte Kapitalflucht oder Verschiebung ins Ausland. Diese Gründe seien für ihn von so überwältigendem Gewicht, dass er es für unnötig erachte, auch noch auf andere Bedenklichkeiten, z. B., dass wir schliesslich nur für englischen Imperialismus und zionistischen Nationalismus arbeiten würden, einzugehen. — Es nimmt nicht Wunder, dass der verehrte Herr Rabbiner bei seiner, alle rein jüd. Gründe ausschaltenden Beweisführung, zuguterletzt, auch, wie wohl nicht anders zu erwarten war, zu einer verkappten Denunziation Zuflucht nimmt. Bei diesen Herren hat ja bekanntlich der Zweck stets die Mittel geheiligt.

Italien.

Triest, 5. April. - S. - Am 3. reisten von hier mit der „Meran" 120 Chaluzim und mit dem Indien-Eildampfer „Pilsner" 13 Passagiere nach Palästina ab.

Mit dem gestern hier eingetroffenen Eildampfer „Heluan" trafen zirka 20 Passagiere aus Palästina ein, darunter der Leiter des Bazalel Prof. Schatz und Kunstmaler Pan, Lehrer an diesem Institut, die sofort die Reise nach Wien fortsetzten. Prof. Schatz führt eine Anzahl Modelle mit, um sie in Wien giessen zu lassen. Ausserdem wird er beim Münzamt in Wien mehrere Plaketten und Medaillen, die Grossen Israels darstellend, herstellen lassen. Er beabsichtigt sich in Wien zirka 2 Wochen aufzuhalten, um die im vorigen Jahre begonnene Sammlung für das Jerusalemer Museum fortzusetzen. Kunstmaler Pan wird in Wien eine lithographische Anstalt zwecks Ueberführung nach Jerusalem übernehmen, die im Gebäude des Bezalel eingerichtet wird und zur Herstellung von Briefmarken, Geldnoten etc. dienen soll. Pan arbeitet an einem grossen Werke, die Bibel im Bilde, etwa 500 Bilder enthaltend, die ebenfalls in Jerusalem gedruckt werden soll. Ausserdem beabsichtigt er, hebräische Kinderbücher mit Kunstbildern herauszugeben.

Prof. Schatz, der ein vorzüglicher Kenner Palästinas ist, ist voller Zuversicht in bezug auf dessen Zukunft als jüd. Heimstätte.

Triest, 7. April. - S. - Heute reisten mit der Heluan 120 Palästinafahrer ab, darunter etwa 100 Chaluzim, 3 Familien und 10 Teilnehmer an der Wiener Tagung des Zentralrates der Agudas Jisroel unter Führung des Gerer Wunderrabbi und Rabbiners Horowitz aus Jerusalem.

— In Rom ist am 8. April Ernesto Nathan im Alter von 76 Jahren gestorben. Nathan, ein eingewanderter englischer Jude, war vor ungefähr 30 Jahren italienischer Bürger geworden und bekleidete von 1899 bis 1905 und 1917 das Amt des Grossmeisters der politischen Freimaurerei. Er war auch s. Zt. Bürgermeister von Rom. Als 70 jähriger zog er 1915 als freiwilliger Offizier an die Front.

Frankreich.

Paris. - J. - Das Komitee der Jüd. Delegationen erhielt eine telegraphische Verständigung von bevorstehender Pogromgefahr für die Juden in Wladiwostok, mit der Bitte um Intervention.

Der Generalsekretär des Komitees der Jüd. Delegationen, Leo Motzkin und M. Aleinikoff, Mitglied des Komitees, hatten eine ausführliche Unterredung mit dem finnischen Gesandten in Paris, Enkkel, mit Bezug auf die Lage der Juden in Finnland.

Belgien.

Antwerpen. Zu Ehren Dr. Schoenfelds, Leiter des Misrachi-Erziehungswesens in Palästina, der gegenwärtig in Antwerpen weilt, wurde ein Empfangsabend veranstaltet. — Dr. Schoenfeld appellierte für einen speziellen Pessach-Fonds zugunsten der Pioniere in Palästina, bei welcher Gelegenheit ein Betrag von 8000 Fr. gezeichnet wurde.-

Holland.

— Am 5. April fand ein Massen-Meeting des Misrachi statt, auf dem Dr. Schoenfeld über das Erziehungswerk des Misrachi in Palästina berichtete. Es sprach auch der Präsident des holländichen Misrachi, Dr. B. I. Ricardo.

England.

— Der Londoner Vertreter des „Morning Journal" kabelt, dass das Mitglied der zion. Exekutive, Lichtheim, ihm erklärt habe, dass die Exekutive gegen die Bildung einer Miliz in Palästina sei, da die Majorität der Rekruten doch aus Arabern bestehen würde. Lichtheim soll auch erklärt haben, dass — falls das engl. Parlament eine Kommission wählen sollte, um Aenderungen am Palästinamandat vorzunehmen — auch die zion. Exekutive gewisse Verbesserungen zugunsten der Juden fordern werde.

— Am 3. April wurde in der grossen Synagoge Commercial Road in London ein Massenmeeting des Misrachi abgehalten. Rabbi Schwartz appellierte an die orthodoxen Juden, zur Keren Hajessod Aktion beizutragen, damit der Misrachi in den Stand gesetzt würde, den an ihn gestellten Ansprüchen nachzukommen. Bardt skizzierte das Erziehungs-Programm des Misrachi in der Diaspora. Rabbi Wilner betonte die Wichtigkeit der Jugend-Bewegung. Leo Voss sagte, dass die neue Exekutive der Zion. Org. ohne Befragen des Misrachi ernannt wo den sei. Er appellierte an die Orthodoxie, Schekel zu kaufen, um den Misrachi in die Lage zu setzen, am nächsten Kongress seine Forderungen bez. der Vertretung in der Zion. Kommission zur Geltung zu bringen.

Amerika.

— Laut dem New Yorker „Vorwärts" soll Präs. Harding seinen nächsten Bekannten erklärt haben, er werde sich bei seiner Partei bemühen, dass die neue Immigrationsbill nicht auf einer der ersten Sitzungen des Kongresses zur Beratung gelange. Sie solle auf unbestimmte Zeit verschoben werden, und jedenfalls sei es noch eine Frage von Monaten, bis die Bill Gesetzeskraft erlangen werde. Gleichzeitig habe Harding erklärt, er hätte den Aussenstaatssekretär aufgefordert, alle amerikanischen Vertreter in den Emigrationsländern anzuweisen, Emigranten, die zu ihren Verwandten nach Amerika reisen, keine Schwierigkeiten zu bereiten. — Im Widerspruch zu dieser Meldung steht allerdings eine Aeusserung Johnsons, des Vaters der Einwanderungsbeschränkungen im Repräsentantenhause, die er nach einem Empfange bei Harding getan hat, wonach Harding für die lex Dillingham sei und dass bald nach Eröffnung der ausserordentlichen Session am 11. April die Bill Dillingham angenommen und die Einwanderung auf 3 Prozent beschränkt werden dürfte.

— Laut dem New Yorker „Tageblatt" fand eine vertrauliche Konferenz zwischen dem American Jewish Committee und einer speziellen Delegation der polnischen Regierung statt, auf der die Frage der polnisch-jüdischen Beziehungen verhandelt wurde. Diese Besprechung, zu der die Regierung aus Polen besondere Mitglieder entsandt hatte, wird als ein weiterer Teil der Warschauer Verhandlungen betr. den polnisch-jüd. Ausgleich betrachtet.

— Am 29. und 30. März fand in Baltimore die Konvention der ukrainischen Juden in Amerika statt, auf der eine Reihe wichtiger Resolutionen gefasst wurde: Nach der Ukraine soll eine Kommission entsandt werden zwecks Untersuchung der Lage, die mit allen jüd. Hilfsorganisationen in Europa in Verbindung treten soll. Ein besonderer Hilfsfonds von 1 Mill. Dollar soll unverzüglich geschaffen werden, wie auch ein Spezialfonds von 300,000 Dol. für Waisenhilfe, um die ukrainischen Waisenkinder nach Palästina zu überführen und dort in besonderen Kinderkolonien erhalten zu können. Die amerikanische Regierung soll um ihre Unterstützung bei der Hilfsarbeit für die jüd. Emigration aus der Ukraine angegangen werden. Es wird auch befürwortet, eine Vereinigung aller ukrainischen Verbände in eine einzige grosse permanente Organisation durchzuführen.

Erez Israel — Palästina.

Die Unruhen in Haifa.

Die von verschiedenen Pressagenturen in die ganze Welt heraustelegraphierten Unruhen in Haifa (s. „J.P.Z." Nr. 137) stellen sich als einfacher Zusammenstoss von Demonstranten mit der Lokalpolizei dar. Als Demonstranten — trotz des Verbotes von Demonstrationsversammlungen — sich anzusammeln begannen, wobei auch aufhetzende Ansprachen gehalten wurden, suchte die Polizei sie zu zerstreuen. Da sie Widerstand leisteten, gab die Polizei zuerst eine Luftsalve ab; bei den nachfolgenden Zusammenstössen wurde ein christlicher Araber, ein Bursch von 15 Jahren, getötet; ausserdem gab es mehrere Verwundete, darunter auch Polizisten. Durch Steinwürfe wurden auch 6 Juden verwundet.

— In Jaffa fand eine Versammlung der Vertrauensmänner der jüd. Arbeiter statt, an der Sokolow teilnahm. Die Arbeiter verlangen Verstärkung der Einwanderung und Abschaffung der Einwandererzertifikate.

— Ing. Ruthenberg erhielt von Churchill eine Einladung zwecks Vorlage seiner Pläne. In einem zu diesem Zwecke besonders bestimmten grossen Saale des Regierungspalais auf dem Oelberge legte Ruthenberg dem engl. Kolonialminister in Anwesenheit des Oberkommissärs, des Leiters der öffentlichen Arbeiten, General Grant, Barons James Rothschild u. A. seine Elektrifizierungs- und Bewässerungspläne vor.

— Die Regierung entsandte einen erfahrenen Ingenieur nach Jaffa, um die Frage des Hafens, dessen Bau bald in Angriff genommen werden soll, zu studieren.

— Am 7. März wurde der Bahnbau Petach Tikwah-Ras-el-Ein in Angriff genommen. Es wird dies die erste Eisenbahnlinie sein, die von Juden für eine jüd. Kolonie erbaut wird. Petach Tikwah übernimmt die Garantie dafür, dass die Linie täglich von einer bestimmten Mindestzahl von Personen benutzt werden wird, wohingegen die Bahn weder an Samstagen, noch an jüd. Feiertagen verkehren wird.

— Laut „Doar Hajom" vom 31. März fanden in der letzten Woche mehrere Sitzungen der Agudah Org. unter Vorsitz von Pappenheim statt, auf denen über den Beginn einer positiven Wiederaufbauarbeit seitens der Agudah beraten wurde. Von der Londoner Zentrale kam eine Aufforderung, Vorbereitungen für die Gründung einer Kolonie für 100 Familien zu treffen. Desgleichen wurde über die notwendige Entwicklung verschiedener Industrie- und Handelszweige beraten. An die Herausgabe einer orthodoxen Wochenschrift soll ehestens geschritten werden. Pappenheim hat bereits Palästina verlassen, um im Laufe des Sommers wieder nach Palästina zu kommen, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte.

— Für die Bezalel-Kunstausstellung werden grosse Vorkehrungen getroffen. Hauptclou der Ausstellung wird die Bundeslade sein, sicherlich eine der grössten Schöpfungen des Bezalel, die eine Inkarnation aller in Bezalel angewandten künstlerischen Arbeiten

darstellt. Die Ritualien (Klei-kodesch), die der Bezalel zu schaffen versucht, bilden eine neue künstlerische Epoche des eigenartigen palästinensischen Stiles und sind nicht nur für Synagogen, sondern auch als Schmuckstück für Privatinterieurs gedacht.

— Auf einem der letzten Schiffe sind grosse Maschinen und Kessel mit einem Fassungsraum von 10—20 Tonnen, die für die Goldbergsche Fabrik in Jaffa „Silikat“ bestimmt sind, angelangt. Es sind dies die grössten bis jetzt nach Palästina importierten Maschinen.

— Der Streik der Mazzoth-Arbeiter wurde beigelegt. Die Arbeitszeit soll nicht weniger als 8½ und nicht mehr als 9½ Stunden betragen.

— Der „Doar Hajom“ bringt seit dem 28. März eine besondere kürzere englische Beilage „News Bulletin of the Palestine Daily Mail“, die die neuesten vom „Hasolel“ in London übersandten Telegramme und letzten Nachrichten, wie auch einen kurzen Aufsatz über aktuelle Fragen enthält.

Schweiz.

— Dr Farbstein ersucht uns um die Feststellung, dass er bei der Gründungsversammlung des Verbandes der Juden in der Schweiz (s. „J.P.Z.“ No. 138) nicht vom Gemeindebunde, sondern von den Gemeinden gesprochen habe, denen eigentlich diese Aufgaben obliegen sollten.

— Am 17. und 18. April findet in Zürich (Pension Ivria) eine Konferenz aller Hechaververeine in der Schweiz statt. Aus der Tagesordnung seien erwähnt: Sonntag Vormittag politisches Referat, erstattet von Dr. Pinkus. Um 1 Uhr gemeinsamer Gang an das Grab des verblichenen Hechaver-Präsidenten Mosche Dow Eisenstadt-Barsilai. Nachmittags: Diskussion über das polit. Referat, Aufbau Palästinas und der zion. Student, [Referent cand. phil. Weinert], Kulturreferat [in hebräisch, Ref. J. Leites], Montag Vormittag: Galutharbeit [Ref. stud. Lewenstein, Lausanne], Unsere Stellung zu den anderen Parteien im Zionismus, [Ref. stud. Baumatz, Zürich] sowie Tätigkeitsberichte, Berichte der Vereine und Statuten. Nachmittags: Reorganisation der Hechaverarbeit, Stellungnahme zum Weltverbande der zion. Studentenschaft, Resolutionen und Varia. Die Tagung ist jedermann zugänglich. Anschliessend an die Konferenz findet am 18., 8 Uhr Abend, in der Ivria ein öffentlicher Vortrag von Dr. Buchmann aus Jerusalem über die Lage in Palästina statt.

Presse- und Verlagsnotizen.

— Der „Jüdische Verlag“, Berlin, stellt uns einen am 15. April in der „Jüd. Rundschau“ erscheinenden Artikel von Arnold Zweig zur Verfügung, worin auf den drohenden Eingang der Monatsschrift „Der Jude“ hingewiesen wird. Zweig verweist auf die unausfüllbare Lücke, die dadurch entstehen würde und fordert die jüd. Oeffentlichkeit auf, aus ihrer Gleichgültigkeit zu erwachen und durch zahlreiches Abonnement zur Rettung dieser so so sehr verdienstlichen Zeitschrift beizutragen.

— „Lischeelath hassafah“ von M. A. Jechieli, Verlag „Hamicpah“ (S. Isbitzki), Zürich Brandschenkestr. 20. Eine kleine, bloss 32 Seiten starke Broschüre, die die Wichtigkeit der hebräischen Sprache für das jüd. Volk betont und gegen das „Jiddisch“ auftritt, aus deren jeder Zeile die wahre Liebe zur Sprache unserer Ahnen spricht. Wenn auch manchmal ein scharfes Wort fällt, es entspringt immer einer warhaften Ueberzeugung und der Befürchtung, dass manche das Jiddisch des Galuth nach Palästina verpflanzen möchten. Aber nicht nur der für seine Sprache begeisterte Jude spricht aus den Zeilen, sondern auch der Denker. Philosophische Gedanken begründen das Angeführte und Beispiele aus der Geschichte anderer Völker sollen uns zeigen, welch wichtiger Faktor die Sprache für jedes Volk ist. Trotz aller tiefen Gedanken ist die Broschüre populär gehalten und die Lektüre allen denjenigen, die Interesse für die hier behandelten Fragen haben, wärmstens zu empfehlen.